

## ■ Arzneiverordnungs-Report 2013

Der im September erschienene aktuelle *Arzneiverordnungs-Report 2013* berichtet über die Entwicklung bei den Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV). Demnach sind im Jahr 2012 die Arzneimittelausgaben moderat auf 30,6 Mrd. Euro angestiegen, dies entspricht einer Erhöhung um 2,6 Prozent. Im Jahr 2011 konstatierte der Report noch rückläufige Ausgaben. Seit 2004 hatte es dies im Arzneimittelbereich nicht mehr gegeben. Im europäischen Vergleich sind – trotz erster Anpassungen an europäische Standards – die deutschen Patentarzneimittel des Bestandsmarktes noch immer teurer. Die Herausgeber des Arzneiverordnungs-Report - Ulrich Schwabe und Dieter Paffrath - weisen darauf hin, dass der gesetzliche Herstellerabschlag und der Preisstopp für Arzneimittel ohne Festbetrag einen wichtigen stabilisierenden Einfluss auf die GKV-Arzneimittelausgaben haben. Die Nutzenbewertung neuer Arzneimittel macht im zweiten Jahr nach dem Inkrafttreten des AMNOG weitere Fortschritte. Bisher hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) 48 neue Wirkstoffe bewertet, wodurch Einsparungen von 120 Mio. Euro erzielt wurden. Aus Sicht der Herausgeber des Reports reiche dies aber bei weitem nicht aus, um die in der Gesetzesbegründung des AMNOG genannten 2,0 Mrd. Euro zu realisieren. Mit Hilfe von nationalen und internationalen Preisvergleichen wurde für den aktuellen Report ein Einsparpotenzial von insgesamt 3,7 Mrd. Euro berechnet.

Im Jahr 1985 erschien die erste Ausgabe des *Arzneiverordnungs-Report*; mit der aktuellen Ausgabe analysiert der Report nun zum 29. Mal die Entwicklungen der vertragsärztlichen ambulanten Verordnungen; die Angaben im Report basieren auf den Verordnungsdaten des GKV-Arzneimittelindex. Für den vorliegenden Report wurden 716 Millionen GKV-Rezepte analysiert, die im Jahr 2012 von 143.066 Vertragsärzten ausgestellt worden sind. Erstmals wurden auch Rezepturzneimittel von Zytostatikazubereitungen und monoklonalen Antikörpern sowie die Verordnungen von 60.533 Zahnärzten berücksichtigt. Der Report dient Ärzten als Entscheidungshilfe für eine Verordnung nach

therapeutischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

### MEHR INFOS:

[www.wido.de](http://www.wido.de)

## ■ Arzneimittel-Atlas 2013

Im August ist der vom Berliner IGES Institut erstellte Arzneimittel-Atlas 2013 erschienen. Der Arzneimittel-Atlas erscheint seit 2008 und wird vom Verband der forschenden Arzneimittelhersteller (vfa) in Auftrag gegeben. In der aktuellen Ausgabe kommen die IGES-Forscher zum Ergebnis, dass die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneimittel 2012 gegenüber dem Vorjahr um 214 Millionen Euro auf 29,2 Milliarden Euro gestiegen sind. Dies entspricht einem Anstieg von 0,7 Prozent. IGES sieht den „moderaten“ Anstieg als Zeichen dafür, dass die gesetzlichen Maßnahmen zur Begrenzung des Anstiegs der Arzneimittelausgaben wirken. Als wesentliche Ursache für den Ausgabenanstieg wird die Mengenkompone (Verbrauchsanstieg) betrachtet. Dieser Wert lag bei 728 Mio. Euro; der entsprechende Vorjahrswert lag allerdings bei 921. Mio. Euro und damit deutlich höher. Erheblich zur Ausgabensteigerung trugen die höherpreisigen Ananlogwirkstoffe bei – sie schlugen mit insgesamt 683 Mio. Euro zu Buche. Ausgabendämpfend wirkte insbesondere die Generikasubstitution in Höhe von 684 Mio. Euro. Die sog. Preiskomponente senkte die Ausgaben mit 459 Mio. Euro; im Vorjahr betragen hier die Einsparungen allerdings fast 1,9 Mrd. Euro. Die Ausgaben für GKV-Versicherte sind 2012 um 0,4 % auf 384 Euro gesunken.

### MEHR INFOS:

[www.arzneimittel-atlas.de](http://www.arzneimittel-atlas.de)

## ■ Sozialbericht 2013

Im Juli hat die Bundesregierung den Sozialbericht 2013 vorgelegt. In diesem Bericht werden Umfang und Bedeutung der sozialstaatlichen Leistungen sowie die in der abgelaufenen Legislaturperiode ergriffenen Reformen dokumentiert. Der letzte Sozialbericht war im Jahr 2009 erschienen. Im vorliegenden Bericht spricht sich die Bundesregierung u.a.

dafür aus, den Teilversicherungscharakter der Pflegeversicherung beizubehalten und sie durch eine kapitalgedeckte Vorsorge zu ergänzen. Vor dem Hintergrund des prognostizierten Anstiegs von pflegebedürftigen Menschen betrachtet die Bundesregierung die Frage einer „bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Pflege“ als eine zentrale sozialpolitische Herausforderung der kommenden Jahre.

### MEHR INFOS:

[www.bmas.de](http://www.bmas.de)

## ■ Ärzte-Einnahmen steigen

Das Statistische Bundesamt hat neue Zahlen zur Kostenstruktur bei Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeuten veröffentlicht. Danach waren die Einnahmen der Arztpraxen (ohne Medizinische Versorgungszentren) im Jahr 2011 mit 483 TEUR je Praxis um 21 % höher als in 2007. Der überwiegende Teil der Einnahmen (69 %) resultierte aus der kassenärztlichen Tätigkeit (2007: 71 %). 28 % der Einnahmen gingen aus privatärztlicher Tätigkeit hervor, 3 % aus sonstiger selbständiger ärztlicher Tätigkeit. Die Einnahmen aus privatärztlicher und sonstiger selbständiger ärztlicher Tätigkeit sind im Zeitraum 2007/2011 um 37 TEUR (rund 32 %) auf 152 TEUR gestiegen. Die Aufwendungen je Arztpraxis sind im gleichen Zeitraum um rund 21 % auf 249 TEUR gestiegen. Darüber lässt sich ein Reinertrag je Praxis in Höhe von 234 TEUR (+21 % gegenüber 2007) errechnen. Je Praxisinhaber liegt der Reinertrag mit 166 TEUR um 17 % über dem von 2007.

### MEHR INFOS:

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## ■ Mehr Leistungen für Demenzkranke aus der Pflegeversicherung

Der Medizinische Dienst des GKV-Spitzenverbandes (MDS) hat aktuelle Zahlen über die Situation von Menschen mit Demenz vorgelegt. Danach profitieren mehr als 650.000 Menschen, die zuhause gepflegt werden, bis zum Jahresende von den neuen Leistungen aus dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz

(PNG). Zu diesem Ergebnis kommt der MDS auf Basis von Hochrechnungen, die auf Grundlage der Begutachtungsergebnisse in der Pflege aus dem ersten Quartal 2013 durchgeführt worden sind. Demnach werden etwa 140.000 Menschen mit einer beginnenden Demenz unterhalb der Pflegestufe I erstmals das Pflegegeld von 120 Euro oder Pflegesachleistungen in Höhe von 225 Euro erhalten.

Insgesamt sind im ersten Quartal 2013 bei den Medizinischen Diensten der Krankenversicherung (MDK) 375.968 Aufträge für Pflegebegutachtungen in der häuslichen Pflege eingegangen. Das sind 15 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Nach Einschätzung des MDS ist die Steigerung der Begutachtungszahlen bereits ein Effekt der Leistungsverbesserungen für Menschen mit Demenz sein, die mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten sind. Neben den Leistungsverbesserungen erhalten Patienten und deren Angehörige eine weitere Entlastung. Die Begutachtung läuft inzwischen in der Regel schneller ab: 96% aller Anträge sind innerhalb von vier Wochen begutachtet.

Von Januar bis März 2013 erhielten rund 19.000 Menschen mit einer beginnenden Demenz, die aufgrund des somatisch orientierten Pflegebedürftigkeitsbegriffs bisher keine Pflegestufe bekommen haben und damit unterhalb der Pflegestufe I liegen, erstmals verbesserte Geld- oder Sachleistungen. Die neuen Geld- und Sachleistungen kamen darüber hinaus weiteren 69.000 Pflegebedürftigen mit den Pflegestufen I und II zugute.

Die Hochrechnung des MDS auf das gesamte Jahr 2013 schließt auch diejenigen Personen ein, bei denen die Gutachterinnen und Gutachter der Medizinischen Dienste bereits in den Vorjahren eine dementielle Erkrankung oder eine andere gerontopsychiatrische Einschränkung festgestellt hatten. Besonders stark steigt die Zahl der Leistungsempfänger mit dementiellen oder gerontopsychiatrischen Einschränkungen (Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz - PEA) unterhalb der Pflegestufe I: Allein diese Gruppe wird sich auf ca. 140.000 Personen verdoppeln. Rechnet man die Begutachtungsergebnisse des ersten Quartals auf das Jahr 2013 hoch, profitieren unterhalb der Pflegestufe I 140.000, in der Pfl-

gestufe I 300.000 und in der Pflegestufe II 210.000, insgesamt also 650.000 Menschen mit einer dementiellen Erkrankung von den neu eingeführten Leistungen der Pflegeversicherung. Für den MDS sind diese Zahlen Beleg dafür, dass das Pflege-Neuausrichtungsgesetz wirkt und Menschen mit Demenz oder gerontopsychiatrischen Erkrankungen, die zuhause leben, verbesserte Leistungen erhalten.

#### MEHR INFOS:

[www.mds-ev.de](http://www.mds-ev.de)

### ■ Fehlzeiten-Report 2013

Im August ist der vom Wissenschaftlichen Institut der AOK (WIdO) erschienene Fehlzeiten-Report 2013 erschienen. Bei der Vorstellung des Reports stand das Thema Sucht im Mittelpunkt. So ist die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage, die durch die Einnahme von Suchtmitteln verursacht wurden, in den letzten zehn Jahren um rund 17 Prozent angestiegen: Gab es im Jahr 2002 noch 2,07 Mio. suchtbedingte Fehltagelagen im Jahr 2012 die Fehltagelagen bereits bei 2,42 Millionen. Alkoholkonsum und Rauchen sind laut Fehlzeiten-Report 2013 die Hauptursachen. Experten sehen aber auch einen Trend zu einer verstärkten Einnahme von leistungssteigernden Mitteln.

Arbeitnehmer, die mindestens eine Krankschreibung aufgrund einer Suchterkrankung aufweisen, haben nach einer Analyse des WIdO im Schnitt drei Mal so lange Arbeitsunfähigkeitszeiten wie Beschäftigte, die aus anderen Gründen krankgeschrieben werden. Die meisten suchtbedingten Krankschreibungen sind auf das am stärksten von der Gesellschaft anerkannte Genussmittel zurückzuführen: Fast 44 Prozent aller suchtbedingten Arbeitsunfähigkeitsfälle entfallen auf Alkoholkonsum. Die Kosten von Alkohol- und Tabaksucht belasten die deutsche Wirtschaft jährlich mit etwa 60,25 Milliarden Euro.

Im Rahmen einer für den Fehlzeiten-Report durchgeführten WIdO-Studie wurden über 2.000 Erwerbstätige zwischen 16 und 65 Jahren nach ihren Belastungen am Arbeitsplatz sowie den Umgang mit ihrer Gesundheit befragt. Es zeigte sich, dass 5,3 Prozent der Befragten täglich Alkohol konsumieren. Der Anteil der Männer liegt dabei mit 8,9

Prozent fast viereinhalbfach über dem der Frauen (zwei Prozent). Unabhängig vom Geschlecht steigt die Wahrscheinlichkeit eines regelmäßigen Alkoholkonsums mit dem Bildungsstand. Beim Tabakkonsum ist es umgekehrt. Je höher der Bildungsstand, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit zu rauchen. Etwa ein Drittel aller Beschäftigten raucht gelegentlich oder regelmäßig. Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt es nicht, dafür aber einen starken Bezug zum Alter. So nimmt der Anteil der Raucher mit steigendem Lebensalter ab.

#### MEHR INFOS:

[www.wido.de](http://www.wido.de)

### ■ Ergebnisse von Arztvergleichen

Die Patienten in Deutschland sind überwiegend zufrieden mit ihren Haus- und Fachärzten. Jedoch sehen sie teils deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Fachgruppen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Auswertung der Patientenbewertungen im Arztvergleichsportal der Weissen Liste und den darauf basierenden Portalen von AOK, BARMER GEK und Techniker Krankenkasse (TK). Die Weisse Liste ist ein gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung und der Dachverbände der größten Patienten- und Verbraucherorganisationen.

Insgesamt würden rund 85 Prozent der Teilnehmer ihren Arzt weiterempfehlen. Dabei schneiden Internisten und Allgemeinmediziner mit Weiterempfehlungsraten von 89 bzw. 88 Prozent am besten ab. Hautärzte (62 Prozent) und Orthopäden (64 Prozent) erhalten im Schnitt deutlich geringere Zustimmungswerte. Am wichtigsten ist den teilnehmenden Patienten, dass niedergelassene Ärzte gut mit ihnen kommunizieren. Sie möchten, dass die Ärzte auf ihre Fragen, Ängste und Sorgen eingehen und ihnen gut zuhören. Auch für diesen speziellen Bereich erhalten Internisten und Allgemeinmediziner am meisten Zustimmung, Hautärzte und Orthopäden am wenigsten.

Die Auswertungsergebnisse zeigen auch, dass sich 17 Prozent der Patienten manchmal bedrängt fühlen, Leistungen in Anspruch zu nehmen, die ihre Krankenkasse nicht übernimmt. Am seltens-

ten nehmen die Teilnehmer das Angebot von Zusatzleistungen bei Kinderärzten (acht Prozent) und Neurologen (zwölf Prozent) wahr, am häufigsten bei Augenärzten (37 Prozent) und Orthopäden (27 Prozent). Zudem lässt sich erkennen, dass es auch zwischen einzelnen Ärzten einer Fachgruppe deutliche Unterschiede gibt. So erreicht zum Beispiel jeder zehnte Orthopäde bei seinen Patienten nur eine Weiterempfehlungsrate von unter 40 Prozent. Mehr als ein Drittel der Orthopäden schneidet hingegen deutlich besser ab: Sie werden von 80 bis 100 Prozent ihrer Patienten weiterempfohlen.

Mit dem unabhängigen und kostenfreien Arztvergleichsportal wollen die Initiatoren Patienten eine Hilfestellung für die Suche nach einem passenden Arzt geben. Die Bewertungen werden im Portal erst freigeschaltet, wenn eine Mindestzahl von fünf Bewertungen für einen Arzt vorliegt. Teilnehmen können die Versicherten von AOK, BARMER GEK und TK. Bisher haben sie rund 270.000 Bewertungen für rund 70.000 einzelne Ärzte abgegeben. In die Analyse eingeflossen sind rund 250.000 Bewertungen zu Haus- und Fachärzten.

**MEHR INFOS:**  
www.aok-bv.de

## ■ Ergebnisse der Bildungsstudie PIAAC

Jüngere deutsche Erwachsene können besser lesen als ältere, dies ist eines der zentralen Ergebnisse der Bildungsstudie „Programme for the International Assessment of Adult Competencies“ (PIAAC), die im Oktober vorgestellt worden ist. Die Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) untersucht erstmals Kompetenzen von 16- bis 65-jährigen Erwachsenen im internationalen Vergleich. Getestet wurden die Lesekompetenz, die Fähigkeit, im Alltag mathematisches Wissen anzuwenden, und Kenntnisse im Umgang mit neuen Technologien wie Internet und E-Mail.

Nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales seien die Ergebnisse der PIAAC-Studie ein Beleg dafür, dass sich persönliche und staatliche Investitionen in Bildung rechnen und dass die erhöhten Investitionen in Bildung und die angestoßenen Bil-

dungsreformen in Deutschland wirken würden. Deshalb schneide die jüngere Generation in den gemessenen Grundkompetenzen besser ab als die Generationen zuvor ab.

Nach Einschätzung des BMAS sei PIAAC auch, dass die berufliche Bildung Deutschland international wettbewerbsfähig hält. Staaten mit einer stärker allgemeinbildenden schulischen Orientierung und höheren Anteilen an Hochschulabsolventen haben keine wesentlichen Kompetenzvorteile oder schneiden zum Teil schlechter ab als Deutschland. Zusätzlich vermittele das duale System berufspraktische Fähigkeiten. Die große Integrationskraft des dualen Ausbildungssystems zeige sich auch an der geringen Jugendarbeitslosigkeit.

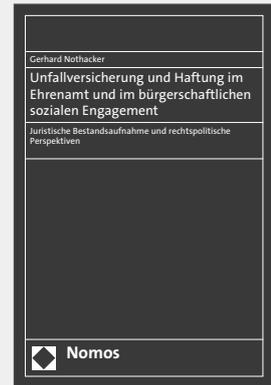
Nach Ansicht von BMBF, BMAS und KMK sind die Ergebnisse der Studie auch eine Bestätigung der bisherigen Initiativen in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dies gilt insbesondere für die mit der Qualifizierungsoffensive von Bund und Ländern sowie dem Fachkräftekonzept der Bundesregierung verfolgten bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Zielen. Hierzu gehört insbesondere die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrüche weiter zu verringern, die jungen Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf verstärkt zu begleiten, die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen, berufliche Nachqualifizierungen zu verstärken und für ausreichend Studienplätze an den Hochschulen zu sorgen.

PIAAC zeigte aber auch, dass es in Deutschland noch besser gelingen muss, ältere, geringqualifizierte und langzeitarbeitslose Personen für Weiterbildung und nachzuholende Berufsabschlüsse zu gewinnen. Dies hilft langfristig auch, die Fachkräftebasis zu sichern.

In Deutschland wurde PIAAC im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und mit finanzieller Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) von gesis – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften realisiert.

**MEHR INFOS:**  
www.bmas.de

Autor von TRENDS & FACTS ist Erwin Dehlinger



## Unfallversicherung und Haftung im Ehrenamt und im bürgerschaftlichen sozialen Engagement

Juristische Bestandsaufnahme und rechtspolitische Perspektiven

Von Prof. Dr. Gerhard Nothacker

2013, 229 S., brosch., 59,- €  
ISBN 978-3-8487-0760-7

Mit der Erweiterung des klassischen Ehrenamts um Formen bürgerschaftlichen Engagements hält die Absicherung der Engagierten in der Unfallversicherung und beim Haftungsrisiko nicht Schritt. Eine Analyse von Gesetz und Rechtsprechung sowie eine empirische Erhebung des Autors belegen dies. Er empfiehlt gesetzgeberische Änderungen zum Schutz der Engagierten.

[www.nomos-shop.de/21585](http://www.nomos-shop.de/21585)



**Nomos**